

NoLager

No. 2

Ausgabe No. 2 | NoLager-Zeitung | Aktionstour gegen das Europäische Lagersystem

Bramsche-Hesepe -o- Horst/Boizenburg -o- Görries/Schwerin -o- Schwerin/Innenstadt

Stimmen aus Agadez

Agadez (Niger) liegt südlich der Sahara. Viele Flüchtlinge und MigrantInnen treten von hier aus ihre Reise Richtung Norden an.

»Die Transitreise durch Niger ist es, was die Reise so beschwerlich und vor allem so kostenanfällig macht. Als Schwarzer bekommst du kein Visum, und so musst du an jedem Grenzposten »Bakschisch« zahlen. Warum sie sich dennoch auf den Weg machen? Na, weil es in ihrem Heimatland keine Arbeit gibt und die ökonomische Situation sehr, sehr schlecht ist. Und außerdem, alle träumen von Europa (...). Und nur wenige haben eine Vorstellung davon, was es bedeutet, wenn du dich auf den Weg machst (...). Niemand spricht über die Gefahren der Reise. Niemand spricht über die Toten. Die Sahara bleibt ein Rätsel. Es gibt viele Geister. Letztes Jahr hatte ein voll beladener Lastwagen Probleme mit der Batterie. Der Fahrer versuchte seine Passagiere zu beruhigen, indem er ihnen sagte, dass in 1 bis 2 Tagen ein neuer LKW vorbeikommen würde. 12 Personen wollten nicht länger warten. Sie hatten kaum noch Wasser. Sie waren ungeduldig. Und sie haben sich zu Fuß auf den Weg gemacht, ohne die Wüste zu kennen. Auf den Weg zur Grenze. Sie sind alle gestorben, die anderen, die gewartet haben, die hat man nach 3 Tagen retten können.«
Sam (Manager des Hotel Sahara)

»Ich bin zum ersten Mal im Ausland. (...) Ich will nach Libyen und hoffe dort, Arbeit zu finden. Meine Eltern? Die beten für mich, und hoffen, dass ich bald wieder zurückkehre. Auch ich bete zu Gott, dass er mich bald wieder zurück bringt. Hier arbeite ich in der Küche des Hotels. Das Geld, das ich hier verdiene, schicke ich zum Teil mit Western Union an meine Eltern. (...) Warum ich weg gegangen bin? Na, weil ich keine Arbeit mehr hatte und ohne Arbeit kannst du bei uns nicht überleben.«
Tina (Köchin im Hotel Sahara)

»In den 70er Jahren lebte Nigeria vom Export seiner Ressourcen, Kakao, Baumwolle und Öl. Heute lebt Nigeria vom Export seiner Landesbewohner, der Arbeiterklasse. In Nigeria gibt es (...) nicht genügend Arbeitsplätze. Das erinnert mich an die Zeit der Sklaverei, als man genau an diesem Ort Schwarzafrikaner nach Nordamerika verkaufte. Im Unterschied dazu sind die heutigen Schwarzafrikaner, die sich auf den Weg in den Norden machen, freiwillig unterwegs. Niemand zwingt sie. Sie bezahlen mit ihrem eigenen Geld, um in den Norden zu gelangen. Europa und Amerika sind auf die billige Arbeiterklasse angewiesen (...). Oft müssen die MigrantInnen die kriminellen Wege der Schmuggler akzeptieren, um weiterzukommen. (...) Jede Woche fahren drei bis vier Lastwagen von Agadez ab und nehmen die ehemaligen Sklaveneroute wieder auf, mit manchmal bis zu 200 Personen an Bord.«
Sunday (Nigerianischer Pastor in Agadez)

Aus: Bettina Haasen, CHAMBRES TOUJOURS OCCUPÉES - VUES À L'INTERIEUR DE L'HÔTEL SAHARA, AGADEZ, Paris 2005 (zu bestellen bei: www.khiasma.net)



Auf den Weg gen Norden. Abfahrt in Agadez (Niger) [FOTO: BETTINA HAASEN]

Rund 500.000 Flüchtlinge und MigrantInnen reisen jährlich ohne gültige Dokumente in die EU ein. Eine beeindruckende Zahl, macht sie doch deutlich, dass Hunderttausende es immer wieder schaffen, ihr Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit durchzusetzen. Allein: Das Gegenteil ist nicht weniger wahr. Mindestens genauso viele Menschen werden an den Außengrenzen abgefangen, noch mehr brechen gar nicht erst auf. Jährlich kommen über 1.000 Menschen auf dem Weg nach Europa ums Leben.

EU setzt auf Lagerpolitik

Widerstand wächst: Aktionstour gegen das Europäische Lagersystem

Bereits seit mehreren Jahren organisiert das bundesweite NoLager-Netzwerk Aktionen gegen die zwangsweise Unterbringung von Flüchtlingen und papierlosen MigrantInnen in Lagern. Am 24./25. September ist es wieder so weit: Zusammen mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie soll es zwei Tage lang an mindestens drei Orten praktisch und entschlossen zur Sache gehen. Geplant sind unter anderem eine Demo (inklusive öffentlicher Inspektion) zum Abschiebelager Bramsche-Hesepe/Niedersachsen sowie Aktionen am Ein- und Ausreiselager Horst bei Boizenburg und in Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern.

Auch wenn im Zentrum unseres Protests konkrete Lager stehen, wir haben stets die Entwicklung des Europäischen Lagersystems insgesamt im Blick. Damit meinen wir den Umstand, dass derzeit innerhalb und außerhalb der EU mit hohem Tempo ein System unterschiedlicher, sich wechselseitig ergänzender Lager hochgezogen wird. Hierzu gehören erstens Flüchtlingsauffanglager vor den Toren der EU, etwa in der Ukraine, Libyen oder Tunesien; zweitens große Lagerkomplexe unmittelbar an den EU-Außengrenzen, an der polnischen Ostgrenze zur Ukraine genauso wie auf der italienischen Insel Lampedusa oder den Kanarischen Inseln (Spanien); sowie drittens unterschiedliche Lager innerhalb der einzelnen EU-Länder. Isolation ist das Grundprinzip sämtlicher dieser Lager – ganz gleich ob diese in der Libyschen Wüste, in den Wäldern Mecklenburg-Vorpommerns oder im Industriegebiet westdeutscher Großstädte liegen. Denn je stärker Flüchtlinge und papierlose MigrantInnen isoliert bzw.

sozial ausgeschlossen sind, d.h. je spärlicher ihre Kontakte zur ansässigen Wohnbevölkerung, zu migrantischen Communities, RechtsanwältInnen oder politischen AktivistInnen ausfallen, desto größer ist die Kontrolle, desto umfassender sind sie außerdem den Schikanen, Demütigungen und Bestrafungen durch Lagerleitung & Behörden ausgesetzt.

Mit ihrer Isolationspolitik verfolgen die LagerbürokratInnen der EU mehrere, miteinander gegenläufige Ziele zugleich: Erstens sollen möglichst viele Flüchtlinge und papierlose MigrantInnen in Lagern abgefangen und somit an der Einreise in die EU gehindert werden – ein Unterfangen, das im unmittelbaren Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen steht wie z.B. der personellen Aufstockung der Grenzpolizei, der technischen Perfektionierung der Grenzüberwachung oder der Auskundschaftung geheimer Migrationsrouten und Treffpunkte. Die Unterbringung in Lagern ist zweitens eine zentrale Voraussetzung dafür, Flüchtlinge und papierlose MigrantInnen möglichst reibungslos wieder abzuschleppen, entweder direkt in ihre Herkunftsländer oder in die neu errichteten Auffanglager in Nordafrika, wo sodann die Regierungen Libyens, Tunesiens oder Marokkos über das weitere Vorgehen entscheiden. Drittens dient Lagerpolitik der Abschreckung bzw. Illegalisierung – sei es, dass Flüchtlinge und MigrantInnen es vorziehen, von Anfang an irregulär in die EU einzureisen (anstatt sich ins ohnehin fast aussichtslose Asylverfahren zu begeben) oder sei es, dass sie durch ihre Lagererfahrungen zermüht werden und freiwillig in die Illegalität abtauchen. Beides ist durchaus Kalkül, jedenfalls in bestimmtem Umfang: Menschen ohne

Papiere kosten den Staat nichts, außerdem stehen sie dem europäischen Arbeitsmarkt als billige, flexible und gewerkschaftlich unorganisierte Arbeitskräfte zur Verfügung – ob in der Landwirtschaft, auf dem Bau, im Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie, der Sexindustrie oder privaten Mittelschichtshaushalten.

Die Politik der Lager ist zynisch, brutal und menschenverachtend. Das gilt nicht zuletzt für die bereits mit europäischer, insbesondere italienischer Hilfe errichteten Lager in Libyen und Tunesien: Aus diesen streng von jeder Öffentlichkeit abgeschirmten Lagern finden regelmäßig Abschiebungen in Subsahara-Länder statt, unter anderem werden Menschen mitten im Wüstenniemandland ausgesetzt, etwa an der Grenze zum Niger. Es steht zu befürchten, dass auf diese Weise bereits mehrere hundert, womöglich mehrere tausend Menschen ums Leben gekommen sind.

Wir lehnen die Isolation von Flüchtlingen und papierlosen MigrantInnen ab, egal ob sie aus den Städten in die Wälder oder in nordafrikanische Wüstenlager ausge-Lager-t werden. Wir machen uns vielmehr für das Recht auf globale Bewegungsfreiheit stark. Alle Menschen haben das Recht, sich dort aufzuhalten, wo immer und solange sie möchten! Wir fordern den Stopp aller Abschiebungen und die sofortige Schließung von Lagern – hier und überall. Letzteres ist insbesondere auf die mit Hochdruck betriebene EU-Lager- und Grenzaufstützungspolitik in Nordafrika gemünzt. Breiter öffentlicher Druck hat bereits dazu geführt, dass Innenminister Schily und seine europäische Pro-Lager-Riege nicht mehr ganz so laut die Werbetrommel für so genannte

»Begrüßungszentren« in Nordafrika rühren wie noch im vergangenen Jahr. Das ändert an der Sache zwar wenig, ist aber dennoch ein erster kleiner Erfolg!

Sämtliche unserer Forderungen machen nur Sinn, wenn wir uns auch mit den Gründen auseinander setzen, weshalb viele Menschen ihre Heimat verlassen. Denn leider ist es nur eine Minderheit, die aus Neugier und Entdeckungslust Ausschau nach neuen Ufern hält. Die meisten Menschen sind hingegen auf der Suche nach einem besseren Leben – einem Leben in Würde und Selbstbestimmung, in Sicherheit und unter Existenzbedingungen, die nicht nur vom Allernotwendigsten geprägt sind. Oder umgekehrt: Sie brechen auf, weil ihre Existenzgrundlagen zerstört werden, weil sie sich vor Krieg und Diktatur oder sexistischer Verfolgung in Sicherheit bringen müssen. Viele dieser Gründe haben direkt oder indirekt mit der herrschenden Welt(wirtschafts)ordnung zu tun. Lager- und Migrationspolitik muss folglich auch als der Versuch seitens der reichen Länder verstanden werden, die weltweiten, von extremer Ungleichheit geprägten Verteilungsverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Das NoLager-Netzwerk setzt sich aus Menschen mit ganz verschiedenen Hintergründen zusammen: Flüchtlinge, die selber in Lagern leben, AktivistInnen aus selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen wie der Brandenburger Flüchtlingsinitiative, The Voice und der Karawane, Autonome, FeministInnen, AntirassistInnen aus Flüchtlingsräten und dem kein mensch ist illegal-Netzwerk, Bauwagenplatz-AktivistInnen und viele andere. Alle sind eingeladen, an unseren Aktionen teilzunehmen.

Endstation Sahara

Lagerpolitik verschärft

Situation auf Flucht- und Migrationsrouten

Zu Recht hat die Presse in jüngerer Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit häufiger als früher (und doch zu wenig) auf das Schicksal der Flüchtlinge und MigrantInnen gelenkt, die bei dem Versuch ums Leben gekommen sind, in kleinen Booten von Afrika nach Europa überzusetzen. Seit im Jahre 1992 die Visumpflicht für Menschen aus afrikanischen Ländern EU-weit eingeführt und außerdem die Südgrenze der EU Schritt für Schritt zu einem einzigen Bollwerk ausgebaut wurde, sollen nach glaubwürdigen Berechnungen etwa 12.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken sein. Demgegenüber ist ungleich weniger bekannt, dass die Tragödie eigentlich schon früher beginnt. Denn Flüchtlinge und MigrantInnen, die aus Ländern südlich der Sahara stammen (oder deren Reiseroute über diese Länder führt), müssen zuallererst die gefährliche Fahrt auf Lastwagen quer durch die Sahara antreten, bevor sie die Mittelmeerküste erreichen. Die Haupttransitländer Tunesien, Marokko und Libyen haben sich in den vergangenen Jahren zu einer immer engeren Kooperation mit der EU im Kampf gegen die so genannte irreguläre Migration bereit gefunden und folglich nicht nur Auffang- und Abschiebelager errichtet, sondern auch die Grenzüberwachung intensiviert. Damit sind die Bedingungen auf den meist geheimen Migrationsrouten noch unberechenbarer und folglich riskanter geworden.

Die Fahrt durch die Wüste dauert mindestens 11 Tage, nachts ist es bitter kalt, am Tag dagegen herrscht brütende Hitze. Regelmäßig kommt es zu Unfällen auf den nicht ausgebauten Wüstenpisten, Lastwagen bleiben mit Motorschaden liegen oder verfahren sich heillos. Auch Überfälle durch Banditen sind keine Seltenheit, und manchmal werden Flüchtlinge und MigrantInnen von korrupten Schleppern schlicht aus den Autos oder von den Lastwagen geschmissen. Im Zuge massiv gesteigerter Abschiebungen – insbesondere aus den neu eröffneten Lagern – hat sich die Lage dramatisch zugespitzt, unter anderem deshalb, weil nicht wenige der völlig mittellosen Menschen irgendwo in der Wüste ausgesetzt werden. Es gibt keine sicheren Zahlen, aber allein die bekannt gewordenen Unglücke und Abschiebungen deuten darauf hin, dass bereits viele tausend Menschen in der Wüste ihr Leben verloren haben.

Anders, wennauch nicht weniger katastrophal ist die Situation in den Anknüpfungsorten an der afrikanischen Küste: Viele haben während der Wüstendurchquerung ihr gesamtes Geld aufgebraucht – meist für Schmiergeldzahlungen. Ihnen bleibt nichts anderes, als in irgendwelchen wilden Behausungen unter geradezu ungläublichen Bedingungen monate- oder jahrelang auszuharren und zu warten, bis sie auf die eine oder andere Weise das Geld für die Überfahrt nach Europa zusammengespart haben. Werden sie aufgegriffen, droht ihnen die Abschiebung. Flüchtlinge und MigrantInnen aus dem zu trauriger Berühmtheit gelangten Waldcamp *Misnana* bei Tanger/Marokko werden z.B. meist nach Oujada abgeschoben – ins Wüstenniemandland zwischen Marokko und Algerien.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch der traditionelle, mitunter gezielt geschürte Rassismus von Teilen der arabischen Bevölkerung gegenüber Schwarzen. Der Alltag der mehrheitlich aus Subsaharaländern stammenden Flüchtlinge und MigrantInnen wird hierdurch zusätzlich erschwert. Insbesondere schwarze Frauen werden regelmäßig als Prostituierte abgestempelt, Vergewaltigungen sind an der Tagesordnung.

Die EU will Auffanglager in Nordafrika errichten. Italien finanziert bereits geheime (Wüsten-)Lager in Libyen und Tunesien. Die Öffentlichkeit weiß kaum etwas darüber, oft noch nicht einmal, wo die Lager sind. Bekannt ist lediglich, dass regelmäßig Abschiebungen aus Marokko, Libyen und Tunesien mitten in die Wüste stattfinden. Womöglich haben hierdurch in den letzten Jahren bereits mehrere tausend Menschen ihr Leben verloren.

Türöffner Lagerpolitik

Libyen und EU werden Partner

Lange haben sich die nordafrikanischen Länder nicht weiter um die Transitmigration durch ihr Staatsgebiet gekümmert – auch deshalb, weil stets eigene BürgerInnen unter den MigrantInnen waren. Das hat sich erst geändert, nachdem die EU den betroffenen Ländern konkrete Angebote unterbreitet und sich außerdem bereit erklärt hat, an der Grenzüberwachung finanziell und personell mitzuwirken. Zu den Angeboten zählen insbesondere wirtschaftliche Zusammenarbeit, Einwanderungsquoten, Waffenverkäufe und diplomatisches Stillschweigen hinsichtlich zahlreicher Menschenrechtsverletzungen, in welche sämtliche dieser überwiegend diktatorisch regierten Länder verwickelt sind. Beispielhaft ist dies an der Entwicklung Libyens vom so genannten *Schurkenstaat* zum seriösen Geschäftspartner ablesbar. Nachdem Staatschef Ghaddafi die Opfer zweier vom libyischen Geheimdienst (mit-)verantworteten Terroranschläge entschädigt und außerdem sein Land stramm auf neoliberalen Wirtschaftskurs getrimmt hatte, machten plötzlich westliche Regierungschefs und Wirtschaftsführer dem lange als Unperson verschrienen Ghaddafi scharenweise ihre Aufwartung. Immerhin sollen bis 2008 360 Staatsunternehmen privatisiert werden – davon 54 mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung. Auch die Öl- und Erdgasförderung ist inzwischen für ausländische Investoren geöffnet. Außerdem ist Libyen stark auf Importe angewiesen. Deutschland als Libyens zweitwichtigster Warenlieferant nach Italien hat deshalb die Hermesbürgschaften für Libyen wieder neu aufgelegt. Da passt es natürlich bestens, dass die EU im Oktober 2004 das langjährige Waffenembargo gegen Libyen aufgehoben hat. Im Gegenzug erklärte sich Libyen zur Eindämmung der so genannten irregulären Migration bereit – einschließlich unbürokratischer Rücknahme der von Libyen aus in See gestochenen MigrantInnen. Teil der Kooperation ist, dass Libyen einen Großteil seiner jahrelang geduldeten papierlosen Arbeitskräfte aus Subsaharaländern abschiebt – schließlich stellen diese etwa 1,5 Millionen Menschen aus EU-Sicht eine permanente Gefahr in Sachen so genannter irregulärer Migration dar. Insbesondere diese Abschiebungen laufen äußerst brutal ab. So sollen allein im Februar 2005 14.000 Menschen direkt in der Wüste ausgesetzt worden sein.

Grenzverlauf Wüste

EU-Lagerpolitik in Nordafrika

Die ersten europäischen Pläne für Flüchtlingslager außerhalb der EU-Grenzen entstanden zum Beginn des Irakkriegs im Frühjahr 2003. Der britische Premier Tony Blair schlug damals zusätzlich zu *regionalen Schutzzonen* in der Nähe von Kriegs- und Krisengebieten in aller Welt *Transit Processing Centres* an den Rändern der EU vor. In diese sollten sowohl Flüchtlinge auf dem Weg in die EU als auch aus der EU Zurückgeschobene zur Durchführung von Asylverfahren interniert werden.

Der *UN-Flüchtlingskommissar* befürwortete damals solche Lager, sofern sie innerhalb der Grenzen der EU errichtet würden. Bundesinnenminister Schily äußerte die Befürchtung, der britische Vorschlag werde die Zahl derjenigen, die nach Europa gelangen, eher erhöhen als reduzieren. Andere EU-Regierungen sowie Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen lehnten die Lagerpläne aus rechtlichen und humanitären Gründen ab, so dass die EU-Kommission offiziell auf Distanz dazu ging. Der EU-Gipfel 2003 gab allerdings grünes Licht für Pilotprojekte.

Mit dem Medienrummel um den *Fall Cap Anamur* im Juli 2004 tauchten die

Das EU-Parlament sagte am 14.10.2004 'Nein' zu Flüchtlingslagern außerhalb der EU und verurteilte am 14.04.2005 mehrheitlich die menschenrechtswidrigen Massendeportationen von der italienischen Insel Lampedusa nach Libyen vom Oktober 2004 und März 2005. Die italienischen Behörden hatten Hunderte von Flüchtlingen, die auf Lampedusa gestrandet waren, auf Grundlage eines geheimgehaltenen Abkommens ohne Überprüfung ihrer Fluchtgründe umgehend wieder nach Libyen deportiert. Der italienische Journalist Fabrizio Gatti berichtete im *L'Espresso* vom 24.03.2005, dass einige dieser Flüchtlinge bei ihrer anschließenden, mit Lastwagen durchgeführten Abschiebung aus Libyen in der Wüste ums Leben gekommen sind.

Ebenfalls im April 2005 beriet der EU-Rat Justiz und Inneres in Brüssel über eine engere Kooperation mit Libyen bei der Bekämpfung der so genannten illegalen Migration nach Europa. Auf dieser Sitzung wurde der bis dahin unveröffentlichte Report einer EU-Delegation aus Verwaltungs-, Migrations- und Polizeibeamten vorgestellt. Sie hatte mehrere Lager und Haftzentren in Libyen besich-

ten Lager- und Internierungskomplex zurückgegriffen. Das bestätigt u.a. die Untersuchung des italienischen Politologen Paolo Cuttitta für Tunesien: »In Tunesien gibt es inzwischen dreizehn mit italienischem Geld finanzierte Abschiebehafteinrichtungen. (...) Laut inoffiziellen Informationsquellen werden viele Migranten von den italienisch-tunesischen Abschiebelagern einfach an die Südgrenze zu Algerien begleitet und dort in der Wüste abgesetzt.« (Das diskrete Sterben, in: FR v. 14.08.2004).

Das ist den politischen Entscheidungsgremien der EU nicht unbekannt. Dennoch wird diese Praxis weiterverfolgt, u.a. mit der strategischen Absicht, möglichst viele Transitstaaten langfristig in »geeignete Erstasylstaaten« umzuwandeln, so dass die durch Deutschland erfundene *Drittstaatenregelung*¹ Anwendung finden könnte.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte unterband am 12. Mai 2005 kurzzeitig die Lagerabschiebungsrouten von Lampedusa nach Libyen. Zugleich bereiteten am 1. Juni 2005 die europäischen Innen- und Justizminister die migrationspolitische Zusammenarbeit mit Libyen vor.



Von Agadez aus treten viele Flüchtlinge und MigrantInnen ihre Reise Richtung Norden an [FOTO: BETTINA HAASEN]

Pläne wieder auf, ausgelöst durch den Vorschlag des deutschen Innenministers Schily – in eiliger Abstimmung mit seinem italienischen Amtskollegen Pisanu – *Auffanglager* für Bootsflüchtlinge in Nordafrika einzurichten. »Humaner als Ertrinken« sei eine solche Lösung. Im Gegensatz zu Blairs Vorschlag sollten jedoch die in solchen geschlossenen Zentren anerkannten Flüchtlinge kein Recht auf Einreise in die EU bekommen, sondern eine Institution aus Beamten der Asylbehörden der EU-Mitgliedstaaten solle für sie eine Aufnahme in einem Drittland besorgen, in der Regel »in der Nähe ihres Heimatlandes mit Unterstützung der EU« (Schily, FAZ v. 22.07.2004).

Sowohl auf EU-Ebene als auch bei den Regierungen der meisten nordafrikanischen Staaten stießen Schilys Pläne jedoch nicht auf Begeisterung, und auf einem Treffen der EU-Innenminister im Oktober 2004 sprach Schily nur noch von *Begrüßungszentren* für Flüchtlinge in Nordafrika. Beschlossen wurde, dass die EU die Errichtung von »Aufnahmezentren für Asylbewerber« in Algerien, Tunesien, Marokko, Mauretanien und Libyen anstrebe, jedoch nicht unter Leitung der EU, sondern in Eigenregie der jeweiligen Länder.

Nach Darstellungen im Anhang des Berichts hat die italienische Regierung im Rahmen eines gemeinsamen *Antimmigrationsabkommens* Libyens Grenzüberwachungstechnologie und Ausstattungen für Flüchtlingsquartiere geliefert und im Norden Libyens die Errichtung eines ganzen Internierungslagers finanziert. Sie beabsichtigt, für zwei weitere Abschiebelager die Finanzierung bereitzustellen. Desgleichen kam sie bislang für etwa 60 Abschiebeflüge von Libyen in Staaten Afrikas und Asiens auf. Den Tod vieler MigrantInnen wohl einkalkulierend, lieferte Italien gleich 1.000 Leichensäcke mit.

Es bestehen keine Zweifel: In Nordafrika entsteht eine extraterritoriale Lagerinfrastruktur – bislang einzig auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen wie etwa dem zwischen Libyen und Italien. Zusätzlich wird schon heute bei Massenabschiebungen auf einen bereits bestehenden, zum größten Teil versteck-

Schließlich wurden auf dem europäischen G5-Gipfel in Evian am 4./5. Juli 2005 gemeinsame Abschiebe-Charterflüge für »kollektive Repatriierungen« verabredet. Vor kurzem wurde bekannt, dass ein Abschiebeflug am 11.08.2005 ab Hamburg über Brüssel und Tripolis nach Lomé/Togo gehen sollte. Sammelausschiffe von der EU mit Zwischenstopps zum Einladen der Flüchtlinge aus den libyschen Lagern – sieht so die Zukunft aus oder können wir dem gemeinsam etwas entgegensetzen?

¹ Nach der Drittstaatenregelung hat ein Asylsuchender keine Chance auf Anerkennung in Deutschland, wenn er/sie durch einen als sicher erklärten anderen Staat (und als solche gelten alle EU-Länder sowie inzwischen eine beträchtliche Zahl anderer Staaten) eingereist ist. Bei Nachweis der Transitroute kann er/sie dorthin zurückgeschoben werden.



Abfahrt in Agadez (Niger) [FOTO: BETTINA HAASEN]



Etappenstation in der Sahara [FOTO: UNBEKANNT]

»Und dann zeigen sie ein Flugzeug«

Aktivistinnen aus der Flüchtlingsinitiative Brandenburg berichten über Erfahrungen im Alltag

Können ihr das Leben im Flüchtlingsheim beschreiben?

Joy John: Im Heim, das ist kein Leben, es zerstört die Leute. Sie verbieten dir, dorthin zu gehen, wo du willst. Das einzige, was geht, ist essen, fernsehنگucken, schlafen...

Betty Ayuk: Du denkst, du kommst nach Europa, weil du mehr Freiheit haben willst, aber du findest dich in einem Leben wieder, das noch mehr Gefängnis bedeutet. Wir werden wie Kriminelle behandelt, unser Verbrechen ist, dass wir hier sind.

Können ihr erzählen, was das für euch konkret heißt?

Rose Kong: Ich lebe in nur einem Zimmer mit meinen vier Kindern. Es gibt kaum Platz zum Essen oder Lesen. Und Schulfreunde können sie auch nicht einladen. Sie fühlen sich isoliert.

Joy John: Und wenn die Kinder von der Schule zurückkommen, nie ist Ruhe, immer läuft laute Musik und dann die Leute, die rumschreien oder sich streiten. Ich bin krank, weil ich nur noch vier Stunden schlafe. Das alles

macht Stress, es traumatisiert, besonders die Kinder, sie können nicht ihr Leben leben, haben keine Freiheit.

Wie sieht euer Leben außerhalb vom Lager aus?

Rose Kong: Du kannst nicht rausgehen, ohne beschimpft zu werden. »Neger!«, »Was tust du hier?«, »Afrika!« – und dann zeigen sie mit der Hand ein Flugzeug.

Joy John: Jeden Tag ist es so. Alle machen dir Androhungen, die Leute auf der Straße, die Ausländerbehörde, der Arzt im Krankenhaus...

Beim Arzt habt ihr auch solche Erfahrungen gemacht?

Betty Ayuk: Am Anfang in Cottbus ging ich mit einem Abzess ins Krankenhaus und als ich sagte, ich bin Asylbewerberin, kam als erstes: »Wieso bist du nach Deutschland gegangen und nicht nach England?« Dann mußte ich mit schweren Schmerzen vier Stunden warten, ich bin von der Liege gefallen, Krankenschwestern gingen vorbei, aber niemand hat mir geholfen, eine sagte sogar, ich solle nicht heulen.

Dann, die Tage nach der Operation, wurde meine sehr tiefe Wunde nicht gereinigt, sie haben nur oberflächlich ein neues Pflaster drauf geklebt und es fing an, schlimm zu eitern. Schrecklich!

Ich hatte Glück und habe noch eine russische Ärztin gefunden, die mich wirklich gut behandelt hat. Besonders Frauen machen solche Erfahrungen, denn viele müssen wegen Unterleibsproblemen oder Geburtsversorgung regelmäßig zum Arzt.

Warum denkt ihr, dass sich viele Ärzte und Ärztinnen so verhalten?

Joy John: Weil sie uns nicht anfassen wollen! Sie betrachten uns nicht als Menschen, wollen uns nicht in ihrer Nähe haben. Erst neulich habe ich das auch bei einem Arzt erlebt, wo ich wegen Ohrenscherzen war. In einem Meter Abstand hat er sich hingestellt, hat mir irgendwelche Tabletten verschrieben, ohne mein Ohr überhaupt nur anzuschauen.

Nochmal zurück: wie ist es euch ergangen, seitdem ihr hier angekommen seid?

Betty Ayuk: Seit ich von Kamerun hierher gekommen bin, bin ich von Abschiebung bedroht. Sie haben mir den Abschiebe-Knast gezeigt und ich habe viele Leute gesehen, die von dort abgeschoben wurden.

Ich habe schreckliche Angst, oft könnte ich auf die Straße rennen und schreien. Ich kann nicht schlafen, weil ich nicht weiß: bin ich morgen noch in Deutschland? Oder wieder im Gefängnis in Kamerun?

Joy John: Das ist der Stress, du weißt nicht, was kommt, sie können dich immer abholen, um 3 Uhr oder 5 Uhr morgens steh'n sie vor deiner Tür.

Rose Kong: Ja. Und vorher lassen sie uns langsam sterben. Du kommst hierher, um ein Leben zu finden, das ein bisschen besser ist, aber wenn du angekommen bist, wirst du fertig gemacht bis zum Schluß. Dann können sie die Leute auch gleich hier töten und brauchen nur noch die Leichen nach Hause zu transportieren.

Vielen Dank für das Gespräch!



Containerlager Görries-Schwerin [FOTO: AKUBUO CHUKWUDI]



Prinzip Isolation: Empfangsbotschaft für die Anti-Lager-action-Tour im Sommer 2004, am Tor des Abschiebelagers Bramsche [FOTO: UNBEKANNT]



Dschungelheim Peeschen: Erst nach jahrelangen Flüchtlingsprotesten Anfang 2004 geschlossen [FOTO: TIM ZÜLCH]

Lager sind Orte des Draußen im Drinnen. Ob im Wald oder am Stadtrand, die BewohnerInnen werden systematisch auf engstem Raum zusammengedrückt. Sie sollen isoliert, kontrolliert und unsichtbar gemacht werden – als eine wichtige Voraussetzung, sie reibungslos abschieben oder in die Illegalität treiben zu können. Erklärtes Ziel des NoLager-Netzwerks ist es, Isolation immer wieder praktisch zu unterwandern.

Aktionsorte

Das deutsche Lagersystem beruht auf 5 Säulen: Zentrale Erstaufnahmestellen, Sammelunterkünfte, Abschiebelager (sogenannte Ausreisezentren), Abschiebegefängnisse und kombinierte Ein- und Ausreiselager. Am 24./25.9. werden wir es vor allem mit Ein- und Ausreiselagern zu tun haben. Sie stellen – bei aller Unterschiedlichkeit im Detail – den neusten Trend innerhalb deutscher Lagerpolitik dar.

Abschiebelager Bramsche/Hesepe

Das Lager in Bramsche-Hesepe gehört zwar offiziell zur Zentralen Erstaufnahmestelle Oldenburg, ist jedoch seit November 2000 nicht weniger als das größte Abschiebelager Deutschlands. Eingewiesen werden vorrangig Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch laufen, bei denen aber aufgrund einer sogenannten Prognoseaussage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass am Ende eine negative Entscheidung stehen wird. Erklärtes Ziel ist es, die BewohnerInnen zur freiwilligen Rückkehr zu bewegen. Diesbezüglich kommt Bramsche-Hesepe eine Vorreiterrolle zu, das räumt auch die Landesregierung unumwunden ein, etwa am 14. März 2005: »Die Erfahrungen und Kompetenzen in Bramsche sollen auch dafür

genutzt werden, die Verstärkung der Rückführungsansätze – insbesondere die Beratung zur Freiwilligen Rückkehr – auch in den übrigen Gemeinschaftsunterkünften der Zentralen Aufnahme- und Ausländer-einrichtungen zu intensivieren.«

Von freiwilliger Rückkehr zu sprechen, ist allerdings zynisch, die Realität wird so geradezu auf den Kopf gestellt. Denn tatsächlich wird den BewohnerInnen in der lagerinternen Ausländerbehörde immer wieder von neuem ein Papier vorgelegt, in dem sie schriftlich ihre Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise bekunden sollen. Verweigern sie dies, werden – so berichten Flüchtlinge – Strafen angedroht, mitunter auch verhängt: Kürzung oder Streichung des »Taschengeldes«, Nichtzulassen zur »gemeinnützigen Arbeit« (1–2 Euro/Stunde), Einschränkung der ohnehin stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht) etc..

Den Flüchtlingen bleibt, sich in einem Lager aufzuhalten, das sie zwar verlassen dürfen, dessen Verlassen aber nicht vorgesehen ist. Die Infrastruktur befindet sich komplett auf dem Lagergelände: Sämtliche Behörden, die Kantine für die Nahrungsaufnahme, die Kleiderkammer, die Sanitätsstation, die Kindertagesstätte und auch die Schule für die schulpflichtigen der ca. 150 Kinder.

Nur sehr wenige Flüchtlinge reisen von Bramsche-Hesepe »freiwillig« aus. Eine ungleich größere Zahl zieht demgegenüber

die Illegalität vor. Immer wieder kommt es zu massiven Protesten seitens der InsassInnen des Lagers – einschließlich direkter Attacken auf Einrichtungen der Lagerbehörde.

Ein- und Ausreiselager Horst

Das außerhalb jeder Ortschaft in der Nähe von Boizenburg gelegene Lager Horst ist bis vor kurzem die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung in Mecklenburg-Vorpommern gewesen, d.h. sämtliche neu ankommenden Flüchtlinge wurden dort für etwa drei Monate untergebracht. Horst ist für 250 bis 500 Menschen ausgelegt. Durch den drastischen Rückgang der Flüchtlingszahlen im Zuge von Grenzabschottungen, neuen Gesetzen etc. ist die »Auslastungsquote« in den letzten Jahren stark gesunken.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung Ende Juni 2005 den äußerst folgenreichen Beschluss gefällt, ab sofort einen Teil des Lagers in eine so genannte Landesgemeinschaftsunterkunft umzuwandeln. Flüchtlinge sollen dort bis zu 12 Monate zwangsuntergebracht werden, unter der Bedingung, dass ihr Asylantrag als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt wurde, sie keine Klage gegen ihre Asylablehnung eingelegt haben, keinen regulären Aufenthaltsstatus besitzen oder als Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge nur vorübergehenden Schutz gewährt bekommen.

Das bedeutet: Unter dem Deckmantel Landesgemeinschaftsunterkunft werden in Horst Flüchtlinge zentral untergebracht, deren baldige Abschiebung vorgesehen ist. Damit folgt die Landesregierung dem Lagermodell in Halberstadt und Hamburg, wo ebenfalls Zentrale Aufnahmestellen und Ausreiseeinrichtungen, wie die Abschiebelager verharmlösung genannt werden, auf einem Gelände untergebracht sind.

Diese Entscheidung ist alles andere als Zufall, denn Anfang 2006 soll die Hamburger Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung geschlossen und alle neu ankommenden Flüchtlinge ebenfalls nach Horst aus-ge-lager-t werden. Obwohl Hamburg formell weiter für diese Flüchtlinge zuständig sein wird, dürften die meisten von ihnen nach ihrer dreimonatigen Erstunterbringung in Horst kaum noch eine Chance auf Übersiedlung nach Hamburg haben. Hamburg soll damit flüchtlingsfrei gemacht werden. Ein Vorbild auch für andere Städte?

Das von einem Wald umgebene Lager Horst ist stacheldrahtumzäunt, die BewohnerInnen müssen allgegenwärtige Kameraüberwachung, permanente Polizeipräsenz, Registrierung beim Kantinenessen, tägliche Ausweis- und Zimmerkontrollen, strenge Besuchsvorschriften etc. über sich ergehen lassen. Regelmäßig finden im Lager Verhöre statt (wie z.B. im Juni durch die togoische Botschaft), um Abschiebungen vorzubereiten oder Flüchtlinge zur »freiwilligen«

Rückkehr zu bewegen. Die Isolation im größten Dschungelheim Mecklenburg-Vorpommerns wird in der Presse totgeschwiegen, stattdessen wird stolz auf Spiel- und Sportangebote verwiesen. Tatsächlich gibt es für die Flüchtlinge weder unabhängige Beratung noch Deutschunterricht. Trotz Schulpflicht können die Kinder nicht zur Schule gehen. Durch Residenzpflicht und Verweigerung von Bargeld werden die Flüchtlinge außerdem daran gehindert, RechtsanwältInnen, Beratungsstellen, ÄrztInnen, Veranstaltungen, Freunde oder Verwandte zu besuchen.

Sammelager Görries-Schwerin

Das am äußersten Stadtrand von Schwerin gelegene Containerlager Görries ist nicht nur eine Erstaufnahmestelle für SpätaussiedlerInnen, sondern auch eine Sammelunterkunft für Flüchtlinge. Die BewohnerInnen werden in Görries, so ein Flüchtlingsaktivist, »wie Güter verstaubt, die auf ihre Verschiffung warten.« Die Deckenhöhe ist beklemmend niedrig, die Flure grotesk schmal. Im Winter ist es bitter kalt, im Sommer schwül und heiß. Die BewohnerInnen fordern, leerstehende Wohnungen in Schwerin beziehen zu können. Schwerin ist die Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns, wir demonstrieren deshalb auch in der Innenstadt – so wie schon bei der letztjährigen Anti-Lager-action-Tour.



Europaweiter Aktionstag für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht. NoLager-Aktion in Bahndorf, 2. April 2005 [FOTOS: FADL OMER/UMBRUCH-BILDARCHIV]

» Wir zahlen keine Strafen «

Interview mit Ahmed Sameer über Residenzpflicht und Lager

Die europaweit nur in Deutschland praktizierte Residenzpflicht ist ein Paragraph im Asylverfahrensgesetz: Sie verbietet es Flüchtlingen für die gesamte Dauer ihres oft langjährigen Asylverfahrens, ihren Landkreis ohne Erlaubnis der Behörden zu verlassen. Flüchtlings-selbstorganisationen kämpfen schon seit langem gegen die Residenzpflicht. Ahmed Sameer von *The Voice Refugee Forum* wurde Ende 2004, in einem aufsehenerregenden Prozess in Erfurt wegen mehrmaligen Verstoß gegen die Residenzpflicht freigesprochen. Sein Anwalt konnte nachweisen, dass die für Ahmed Sameer zuständige Ausländerbehörde Reiseerlaubnisse kaum oder nur willkürlich erteilt(e). Derzeit klagen Sunny Omwenyke und Cornelius Yufanyi – beide Aktivisten von *The Voice* – vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Residenzpflicht.

Wie stark beeinflusst die Residenzpflicht das alltägliche Verhalten von Flüchtlingen?

Sehr stark! In meinem Heim in Walters-

hausen/Thüringen gibt es viele Leute, die haben den Landkreis seit 2 oder 3 Jahren nicht mehr verlassen. Ihre Hauptangst ist, dass ihr Asylverfahren durch eine Residenzpflichtstrafe negativ beeinflusst werden könnte. Die Leute werden verrückt davon.

Aber was ist mit Flüchtlingen wie dir, die oft herumreisen oder gar nicht permanent in ihrem Heim leben – haben die auch noch Angst?

Oh ja! Immer das Gesetz zu brechen, sobald du dich außerhalb deines Landkreises bewegst, ist eine ziemlich anstrengende Sache. Auch mir wird oft unwohl, wenn ich die Polizei sehe, mein Herz klopft dann schneller. Viele Flüchtlinge treffen Extra-Vorbereitungen für ihre Reisen: Sie ziehen sich besonders ordentlich an, nehmen eine Zeitung oder ein Buch mit und verlassen den Bahnhof nach ihrer Ankunft möglichst zielstrebig – nur um nicht kontrolliert zu werden.

Kannst du die Kontrollen genauer beschreiben?

Es handelt sich ausschließlich um rassistische Kontrollen. Die Polizei kontrolliert

nur Leute, die nicht-deutsch aussehen oder sprechen. Ich bin einmal mitten in der Nacht von Zivilpolizisten auf einer Autobahnraststätte kontrolliert worden. Sie konnten uns nicht richtig sehen, haben aber gehört, dass wir arabisch sprechen.

Wie oft finden Kontrollen statt?

Das ist sehr unterschiedlich. In Magdeburg oder München wird sehr intensiv kontrolliert, in Hamburg oder Berlin dagegen weniger. Besonders betroffen sind Flüchtlinge, die isoliert in irgendwelchen Heimen im Wald leben und die automatisch die Residenzpflicht verletzen müssen, sobald sie in eine größere Stadt fahren. Regelmäßig werden auch Flüchtlinge bei politischen Aktionen kontrolliert. Das macht die Flüchtlings-selbstorganisation so schwierig – viele haben einfach Angst.

Ist es ausschließlich die Residenzpflicht, die die Leute am Verlassen ihres Heim hindert?

Nein, da kommt vieles zusammen: Du bist offiziell verpflichtet, im Lager zu leben, selbst wenn du in der Wohnung

von Freunden unterkommen könntest. Manche Heimleitungen setzen das auch ziemlich strikt durch. Die meisten Flüchtlinge kriegen außerdem kein Bargeld, sondern Essensgutscheine, sie können also nur in bestimmten Läden in ihrer Region einkaufen. Arbeiten dürfen sie sowieso fast nicht, wenn überhaupt nur ein paar Stunden pro Woche für 1 Euro/h in ihrem Heim.

Was steckt hinter der Residenzpflicht?

Die Behörden wollen, dass sie dich immer auffinden können. Du sollst in deinem Lager warten, bis sie kommen und dich abschieben!

Wie sieht euer Kampf gegen die Residenzpflicht aus?

Uns geht es um Bewegungsfreiheit als prinzipielles Menschenrecht. Jeder Mensch hat das Recht, sich dort aufzuhalten, wo immer er möchte. Wir beantragen keine Reiseerlaubnisse und Strafen zahlen wir auch nicht. Notfalls gehen wir ins Gefängnis und sitzen unsere Strafe ab – so wie Sunny Omwenyke von *The Voice* im Dezember 2004.

Vielen Dank für das Gespräch!

Bayern zeigt: Nichts ist unmöglich

Der Widerstand gegen Lager hat viele Gesichter

Im Widerstand gegen Lager sind unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen aktiv: So ist die *Öffentliche Inspektion* am 24. September in Bramsche aus einem Bündnis zwischen dem *NoLager-Netzwerk* und dem *Komitee für Grundrechte und Demokratie* hervorgegangen. Vorausgegangen war ein Internationaler Appell des *Komitees für Grundrechte und Demokratie* gegen »Exterritoriale Flüchtlingslager der EU«. Ebenfalls äußerst kritisch – wenn auch mit etwas anderem Fokus – fällt eine Studie des *Europäischen Jesuiten-Flüchtlingsdienstes* zu Abschiebe- und Verwaltungshaft von Flüchtlingen und papierlosen MigrantInnen in Europa aus. Der Widerstand gegen die in Italien erst seit 1998 eingeführten Abschiebelager (CPT's) hat dort zu zahlreichen Massendemonstrationen mit zum Teil mehreren zehntausend (!)

Menschen geführt. Insbesondere die in Nordafrika geplanten und teils bereits realisierten Lager sind in ganz Europa auf breite und entschiedene Ablehnung gestoßen. Stellvertretend sei ein europaweiter, unter anderem von *Pro Asyl* und verschiedenen Europaabgeordneten verfasster »Aufruf gegen die Errichtung von Lagern an den Grenzen Europas« erwähnt. Wie wichtig und erfolgreich vielfältiger Protest sein kann, zeigt ein Beispiel aus dem Mikrokosmos Bayern: Ursprünglich hätten in Bayern flächendeckend Abschiebelager (so genannte *Ausreisezentren*) eingeführt werden sollen. Hiervon musste die Landesregierung erst einmal Abstand nehmen, nachdem nicht nur die InsassInnen und linke antirassistische Gruppen gegen das bislang einzige in Bayern eröffnete *Ausreisezentrum Fürth/Nürnberg* Sturm gelaufen sind,

sondern auch Oppositionsparteien, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und am Ende selbst die Landessynode der evangelischen Kirche, in der anderem Bayerns (bisheriger) Innenminister Günther Beckstein als Mitglied vertreten ist. (Dass der Widerstand gegen die neu eingeführten *Ausreisezentren* derart stark ausgefallen ist, dürfte auch daran liegen, dass auf lokaler Ebene schon seit langem – nicht nur in Bayern – kirchliche Gruppen, Nachbarschaftsinitiativen etc. ihre Stimme gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern oder zumindest die häufig absolut haarsträubenden Bedingungen in Lagern erheben.)

Der entschiedenste Widerstand kommt indessen aus den Lagern selbst: Manche BewohnerInnen unterwandern auf alltäglicher Basis die Hausordnung und verschaffen sich so gewisse Freiräume, ande-

re schreiben Protestbriefe, organisieren Kundgebungen oder attackieren direkt die Lagerinfrastruktur wie Zäune oder Kameras, und auch gibt es Menschen – meist in Abschiebeknästen, die keine andere Möglichkeit sehen, als durch Hungerstreiks, Selbstverletzungen etc. auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen.

Sämtliche der erwähnten Aufrufe und Studien sowie weitere Informationen zum deutschen, europäischen und globalen Lagersystem können unter www.nolager.de abgerufen werden (s.a.: www.fluechtlingsrat-hamburg.de). Des Weiteren haben der *Flüchtlingsrat Niedersachsen*, das *Komitee für Grundrechte und Demokratie* und die *FFM* jüngst ein Heft zu Lagern in Nordafrika vorgelegt. In Sachen Antirassismus ist außerdem ein umfangreicher Sammelband erschienen: *interface* (Hg.), *Widerstandsbewegungen – Antirassismus zwischen Alltag und Aktion*, Berlin 2005.

Das NoLager-Netzwerk akzeptiert weder Zäune noch Landkreise. Während unserer Aktionen haben wir es immer wieder mit Besuchsverboten oder der Residenzpflicht zu tun, einem Gesetz, das Flüchtlingen verbietet, ohne offizielle Erlaubnis ihren Landkreis zu verlassen. Nichtsdestotrotz: Wir fühlen uns einzig dem Recht auf Bewegungsfreiheit verpflichtet!



Programm

SAMSTAG, 24. SEPTEMBER
12:00 Demo von Bramsche-Hesepe (Bhf) zum Abschiebelager – inklusive öffentlicher Inspektion
17:00 Konvoi mit Bussen und Autos nach Mecklenburg-Vorpommern
SONNTAG, 25. SEPTEMBER
10:00 Kundgebung Ein- und Ausreiselager Horst/Boizenburg (Nostorferstr. 1, Nostorf/Horst)
13:00 Kundgebung Containerlager Schwerin-Görris (An der Hollerbäk 20)
15:00 Demo Schwerin/Hauptbahnhof

Impressum

V.i.S.d.P. Maria Wöste, c/o AK Asyl, Geismar Landstr. 19, 37083 Göttingen | Fotos Bettina Haasen, Akubuo Chukwudi, Fadl Omer/Umbruch Bildarchiv, Tim Zülich (In einem Fall ist es uns nicht gelungen, eine Abdruckgenehmigung zu erfragen, wir bitten um solidarisches Verständnis.) | Kontakt Telefon: 0163/46 34 594 Email: no_lager@yahoo.de Spenden sind steuerlich absetzbar. Konto: AK Asyl Kontonummer: 130 450 Sparkasse Göttingen BLZ: 260 500 01 Stichwort: Anti-Lager-Tour